

Gesetz
vom 17. März 2011
über die Abänderung des Steuergesetzes

Dem nachstehenden vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich
Meine Zustimmung:¹

I.

Abänderung bisherigen Rechts

Das Gesetz vom 23. September 2010 über die Landes- und Gemein-
desteuern (Steuergesetz; SteG), LGBL 2010 Nr. 340, wird wie folgt abge-
ändert:

Art. 18 Abs. 6

6) Kapitaleistungen nach Art. 14 Abs. 2 Bst. e unterliegen unter Be-
rücksichtigung des Abzugs nach Art. 16 Abs. 2 Bst. d getrennt vom rest-
lichen steuerpflichtigen Erwerb der Besteuerung. Auf diese Kapitaleis-
tungen ist der Durchschnittssteuersatz heranzuziehen, der sich durch
Anwendung des Tarifs nach Art. 19 für eine nach der Lebenserwartung
des Berechtigten zutreffende Rente ergibt. Dabei ist der Grundfreibetrag
nicht zu berücksichtigen und der jeweilige Abzugsbetrag in Art. 19 Bst. a
um 150 Franken und in Art. 19 Bst. b und c um 300 Franken zu vermin-
dern. Liegt die ermittelte Rente unter dem Grundfreibetrag, kommt die
erste Tarifstufe zur Anwendung.

¹ Bericht und Antrag der Regierung Nr. 12/2011

Art. 158 Abs. 6 bis 8

6) Bei juristischen Personen und Treuunternehmen, die vor dem 1. Januar 2011 der Steuerpflicht nach Art. 31 Abs. 1 Bst. c des bisherigen Rechts unterlegen haben, werden diese sowie ihre Begünstigten für die folgenden drei Jahre nach Massgabe des bisherigen Rechts besteuert. Auf Antrag werden diese juristischen Personen bereits vor Ablauf dieser Frist nach Massgabe der Art. 44 bis 65 dieses Gesetzes besteuert.

7) Die Art. 82bis und 83 bis 85 sowie 88 des bisherigen Rechts bleiben bei juristischen Personen und besonderen Vermögenswidmungen, die vor dem Inkrafttreten des Art. 64 dieses Gesetzes die Voraussetzungen der Art. 83 und 84 des bisherigen Rechts erfüllt haben, für weitere drei Jahre anwendbar, wobei der Mindestbetrag nach Art. 83 Abs. 1 bzw. Art. 84 Abs. 4 des bisherigen Rechts 1 200 Franken beträgt. Auf Antrag werden diese juristischen Personen bereits vor Ablauf dieser Frist nach Massgabe der Art. 44 bis 65 dieses Gesetzes besteuert.

8) Bei juristischen Personen, die vor dem Inkrafttreten des Art. 64 dieses Gesetzes der Steuerpflicht nach Art. 31 Abs. 1 Bst. c des bisherigen Rechts unterlegen haben, oder vor diesem Zeitpunkt der Steuerpflicht nach Art. 83 und 84 des bisherigen Rechts unterlegen haben, gilt Art. 64 Abs. 1 Bst. d dieses Gesetzes als erfüllt, wenn die Statuten dieser juristischen Personen einen kaufmännischen Betrieb ausschliessen und diese juristischen Personen die sonstigen Voraussetzungen des Art. 64 dieses Gesetzes erfüllen.

II. Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage der Kundmachung in Kraft.

In Stellvertretung des Landesfürsten:

gez. *Alois*

Erbprinz

gez. *Dr. Klaus Tschütscher*

Fürstlicher Regierungschef